

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 5. März 1932

Nummer 19

## Zur Wahl des Reichspräsidenten

### An die Gewerkschaftsmitglieder!

#### Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehdeten, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbefrähmte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zerschanden werden an Eurer einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschönerung der Kriegsbeute von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde, Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwähl des Faschismus Hl. Kraft Eures unüberbarten politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Untertänigkeit einer ausstichslosen Sonderkandidatur Hitler vor Jugenberg in den Sattel helfen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem feitherrigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.**

Berlin, Anfang März 1932.

#### Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

### Wir schlagen Hitler!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Diktatur geschlagen. Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Duesterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalttäter, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Was sich Thälmann noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich Eberth nicht erreichen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verfehlt — darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigezogen werden.

Eiserne Front! Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Schlagt Hitler, und die faschistische Front zerbricht!

Die Eisernen Front kämpft, sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg untrer Sache, nicht eines Namens.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Darum entscheidet sich die Eisernen Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

**Eiserne Front! Vorwärts zum Angriff!**

**Am 13. März wird Hitler geschlagen!**

Berlin, Anfang März 1932.

### Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

Nur noch wenige Tage trennen uns von der schicksalsschweren Entscheidung aller deutschen Staatsbürger in der Frage, ob die im dritten Abschnitt unserer republikanischen Reichsverfassung dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung gebundene Macht und Verantwortlichkeit gegenüber dem deutschen Volk in die Hände politischer Abenteuerer und streupeloser Diktatoren ausgeliefert werden soll oder nicht! Leider hat es die parteipolitische Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft, die in erster Linie auf eine sehr bedauerliche Unterschätzung der ihr innerhalb wie außerhalb der deutschen Grenzen gegenüberstehenden reaktionären Kräfte zurückzuführen ist, nicht ermöglicht, daß die verfassungsmäßigen Macht-

befugnisse der politischen Führung des deutschen Volkes wiederum in die Hände eines Mannes gelegt werden können, der aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst hervorgegangen ist.

Warum das so ist, soll an dieser Stelle weder im einzelnen, noch zusammenfassend eingehend erörtert werden. Soweit dazu von rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus in der Vergangenheit das Erforderliche gesagt werden konnte und mußte, ist es jeweils mit der uns auferlegten sachungsgemäßen Beschränkung im Rahmen unserer gewerkschaftlichen Kulturaufgaben nach besten Kräften geschehen. Daß die damit erstrebten Erfolge sich leider nicht erfüllt haben, daß vielmehr die Entwicklung, besonders auf sozial- und

wirtschaftspolitischen Gebiet, in den letzten Jahren eine rückläufige Richtung eingeschlagen hat, ist in der Hauptsache den unzähligen innen- und außenpolitischen Gegenständen, nicht zuletzt der sich immer stärker auswirkenden Vernunftwidrigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung im Bereich der gesamten Volkswirtschaft und -wirtschaft zuzuschreiben. Die privatkapitalistische Ausbeutung und Profitwirtschaft hat aus ihrem sozial widerspruchsvollen Aufbau heraus Früchte gezeitigt, die in einem fast unübersehbaren Arbeitslosenheer ideelle und materielle Opfer fordern, die das System dieser Wirtschaftsführung in seiner ganzen moralischen und kulturfeindlichen Haltlosigkeit entlarvt haben.

In dieser Situation, die sich für die organisierte Arbeiterschaft im Vergleich zu allen bisherigen sozialen Entwicklungsperioden zwar als schwerste politische Belastungsprobe auswirkt, für das privatkapitalistische Unternehmertum aber die Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr gegen den immer näher rückenden Zusammenbruch ihrer sozialen und wirtschaftlichen Vorherrschaft gegenüber der Arbeiterschaft bieten könnte, wäre es eine unverantwortliche Torheit; wenn wir die in der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten sich bietende Gelegenheit nicht als Sicherung vernunftgemäßer Ausreifung einer entgegengelegten Umwälzung in Staat und Wirtschaft auswerten würden. Wir sind nicht der Ansicht, daß es notwendig wäre, erst noch durch eine faschistische oder bolschewistische Schreckensherrschaft hindurchgehen zu müssen, um dann aus oder auf deren Trümmern erst eine neue und bessere Wirtschaftsform bauen zu können. Trotz aller Not der Gegenwart darf und braucht die deutsche Arbeiterschaft nicht den Glauben an eine bessere Zukunft zu verlieren. Sie hat auch nicht nur wenig oder nur gewisse Ketten zu verlieren, sondern sie hat trotz aller sozialen und wirtschaftlichen Bedrängnisse im Vergleich zu früherer endloser Arbeitszeit gegen noch viel kürzeren Lohn als heute noch eine ganze Reihe persönlicher und kultureller Freiheiten sowohl im Arbeitsprozeß wie als Staatsbürger zu schützen und zu verteidigen. Deren Umfang und Tragweite würden von der großen Masse erst dann richtig erkannt werden, wenn sie durch eine fanatische Diktaturherrschaft von rechts oder links verloren gegangen sein würden.

Schon jetzt sind viele Anzeichen dafür vorhanden, daß die deutsche Arbeiterschaft in nächster Zeit mit äußerst reaktionären Anschlägen auf ihre in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Aufbauarbeit errungenen arbeitsrechtlichen Grundlagen zu rechnen und zu ringen haben wird. Eine Auslieferung der höchsten Macht im Staate an die um ihre letzten Bastionen volksfeindlichen Herrrändknecht bangenden und sich hinter einem Adolfs Hitler verkriechenden ehemaligen Kasernenhöfötter und kapitalistischen Fronvögte wäre gleichbedeutend mit einer Preisgabe aller Menschenrechte des deutschen Volkes und insbesondere seiner Arbeiterschaft. Auch die Begünstigung einer Jähkandidatur der äußersten Linken könnte und würde nur den Reaktionen von rechts zugute kommen. Eine vernünftige, aus der inneren Haltlosigkeit der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer deutlicher ins Bewußtsein der Menschen tretende Notwendigkeit der Umformung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens auf gemeinschaftlicher und gleichberechtigter Basis würde dadurch nicht nur nicht gefördert, sondern die heutige Gegnerschaft gegen alle Bestrebungen der Arbeiterschaft nur noch mehr verstärkt. Ein Ausgang der

Präsidentenwahl im Sinne der Reaktionen von rechts oder links, die beide nur von diktatorischen Gelüsten gegenüber allen Andersdenkenden getragen werden, würde die deutsche Arbeiterschaft in allen ihren staatsbürgerlichen, sozialen, wirtschaftlichen und tariflichen Rechten wieder um mindestens ein halbes Jahrhundert in der Entwicklung zurückwerfen.

Gelingt es am 13. März nicht, die Waagschale des deutschen Volkswillens vor einer weiteren Verlagerung ihres Schwerpunktes nach rechts zu sichern, dann werden die heute noch vorhandenen Reste der Arbeiterschaft in ihren Grundfesten erschüttert, das Deutsche Reich als Republik und Staat ein Spielball rücksichtsloser und brutaler Leidenschaften werden!

Alle diese Gründe bilden das geistige Fundament, von dem aus die der Arbeiterschaft verantwortlichen Führer der deutschen Gewerkschaften und der Eisernen Front die vorliegenden Kundgebungen an alle Gewerkschaftsmitglieder zur Veröffentlichung gebracht haben. Parteipolitische Erwägungen oder Bedenken sind und müssen bei der Beurteilung der gesamten Lage für alle Verbandskollegen untergeordnetere Natur sein. Es handelt sich einfach um Überwindung des Faschismus auf legalem Wege, durch die reinen Waffen selbstverantwortlicher Vernunft. Es handelt sich um eine staatsbürgerliche Pflicht, die zwar nicht mit Freude, aber in der Erkenntnis und Hoffnung erfüllt werden muß, daß sie dazu beitragen kann und wird, in absehbarer Zeit dem wirtschaftlichen Chaos Einhalt zu tun, dem deutschen Volke und damit in erster Linie auch der deutschen Arbeiterschaft den Weg zu besseren Tagen nicht restlos zu verbauen!

### Warum Hindenburg?

Es ist kein Geheimnis mehr: in dem erbitterten Ringen, das sich dieser Tage um die Person des kommenden Reichspräsidenten in Deutschland abspielt, nachdem eine erbärmliche Hezke der Harzburger Fronde die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs durch einfachen Parlamentsbeschluß unmöglich machte, sieht die Demokratie in dessen Wiederwahl das kleinere Übel.

Die Unentwegten von links, die politisch zur K.P.D. laudieren, während ihr gewerkschaftliches Glaubensbekenntnis sich im Saude der A.G.D.-Demagogie verläuft, wittern Verrat am proletarischen Klassenbewußtsein, wenn die Idee auch nur erzwungen wird, Hindenburg gegen die Kommintern sowahls als auch gegen die „Hitlerci“ zu bevorzugen.

Nun ist es ein Wüßhühn sondergleichen, den Maßstab der Qualifikation für die höchste Würde, die das deutsche Volk zu übergeben hat, an Umstände zu knüpfen, die schon 14 Jahre zurückliegen und ihre tiefere Ursache in einem System hatten, dem der Beteiligte auf Grund seiner Stellung auch dort zu dienen verpflichtet war, wo es vielleicht seinem innersten Wesen widersprach. Aber auch der verblissenste Vintzradikale wird zugeben müssen, daß Hindenburg zum mindesten eine Charaktereigenschaft rühmend nachgelobt werden kann: einmal übernommene Verpflichtungen gewissenhaft einzufüllen. Gätten nur recht viele politische Herrnegroße die gleiche Eigenhaft aufzuweisen, es stünde besser um Volk und Vaterland...

Wie war es damals nach dem Zusammenbruch des alten Dreikönigreiches, als die aufgeregten Heeresführer sich gegen die Heimat wüßten und es energischen Willens und einer starken Hand bedurfte, anarchische Zustände zu verhüten? Hindenburg stellte sich dem neuen Regime zur Verfügung, und sein organisatorisches Talent löste die übernommenen Aufgaben in pflichtgemäßer Weise. Das war die erste Gelegenheit, wo Hindenburg die entsefelte Bektie des Väterkriegs von dem schwergeprüften deutschen Volk fernhielt.

Die Reichsradikalen, die Morgenluft witterten, nachdem sie merkten, daß ihnen unter der neuen Staatsform kein Haar gekrümmt wurde, krochen wieder aus ihren Mauerschlern heraus und verlusten hier und da, unterstützt durch ihre Prätorianerregarden aus der Militärkamarilla und durch einen gewissen Mob, der sich immer „zufällig“ dort einfindet, wo er glaubt, im trüben fischen zu können, einen Fußstap zu injizieren. Die Spartakuskämpfe, die Unruhen in Mitteldeutschland, in Oberhessen, in Rheinland-Westfalen, das Kapp-Abenteuer, die Mündener Räteherrschaft und als letzte Ausstrahlungen der Kämpferin Putschversuch und Hilters verunglückte Aktion in München entsprangen im Grunde genommen ein und derselben Wurzel: die Demokratie über den Haufen zu rennen und die rohe Gewalt einer der deutschen Wesensart fremden Diktatur auf den Thron zu erheben.

Wis dahin gelang es, teils durch Einzug der Staatsautorität, auf die feine wie immer geardete Staatsform verzichteten kann, teils durch den organisierten Abwehrwillen der gesamten Arbeiterschaft, all dem Spul in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Ende zu bereiten. Aber die Folgen der Inflation, die einschneidende Weltwirtschaftskrise blühte das rechtsradikale Element gefährlich auf, und Hunderttausende, die gestern noch „heil Koskau!“ schrien, brüllten mit Stentorstimme ihre kumpfjünglings „Deutschland erwache!“, ihr „heil Hitler!“ in die dröht Not und Entbehrungen mühe gemacht, entwürzte Masse wildgewordener Mittelständler, verarmter Rentner, an den Bettelstab gebrachter Akademiker, stellenlos gewordener Kaufleute, konjunkturlüsterner Angestellter und Beamter,

manch kleingläubigen und verzagten Lohnarbeiter in ihren Bann ziehend.

Als der Präsidentenstuf der deutschen Republik durch den Tod Eberts, trotz aller gefälligen Angriffe und Verdächtigungen eines der lautersten Charaktere, eines der besten Deutschen, verwaiste, wurde als Kandidat der vereinigten Reaktion Jarres nominiert, während die Kommunisten sich gegenüber der Aufstellung von Otto Braun als Kandidaten der Sozialdemokratie das traurige und ausichtslose Schmelmenklärlaubten, „Teddy“ Thälmann als Kandidaten dem anerkanntem Volkswmann Braun entgegenzustellen.

Nachdem niemand der Bewerber die absolute Mehrheit erhielt, machte sich ein zweiter Wahlgang erforderlich, bei dem die relative Mehrheit entscheidend, und die „nationale Opposition“ spekulierte auf den „Retter“ Hindenburg. Die vereinigten Republikaner setzten sich für den Reichskanzler Marx als Sammelskandidaten ein. Durch die Sonderkandidatur Thälmann machten sich die Kommunisten schuldig, daß der „nationale“ Kandidat durchs Ziel ging.

Keiner darf in Zweifel ziehen, daß die Republik damals an Prestige durch die Wahl eines Republikaners zum Reichspräsidenten gewonnen hätte. So wurde Hindenburgs Wahlsieg für die Anhänger des Verständigungswillens im ehemals freundschaftlichen Ausland zu einer starken Belastungsprobe. Aber der 77jährige Hindenburg tat den Drahtziehern der „nationalen Opposition“ nicht den Gefallen, sich als Schrittmacher des Staatsstreichs mißbrauchen zu lassen. Er nahm es mit seinem beschworenen Eid auf die Verfassung von Weimar verdammt ernst, und zu erlebten seine eignen Wähler, die es auf den „Sturz des Systems“ abgesehen hatten, mit schämendem Entsetzen, daß ihr „Retter“ eben dieses System, nämlich die demokratische Republik, gegen jeden Versuch, es durch die Wankwurfsarbeit unterhöhlen zu lassen, rettete.

Ja noch mehr: er befiehlt sogar die Ratgeber, die schon zu Eberts Zeiten sich als zuverlässige republikanische Beamte bewährt hatten und lebte jeden Versuch der Beeinflussung in reaktionärem Sinne, soweit es die eigentliche Amtsführung betraf, energisch ab. Auch in den letzten Tagen gab er einen Beweis seiner Unbestechlichkeit. Als er sich, durch die Aktion des Sachm-Ausschusses veranlaßt, zur Wiederannahme der Kandidatur bereitand, verwarf er sich auch gegenüber dem Ansuchen der Stahlwerksführer unbeschadet seiner Ehrenmitgliedschaft dagegen, sich die Fesseln irgendwelcher Bedingungen aufzuwickeln zu lassen. Er wolle dem gesamten deutschen Volke dienen. Nur dieser Gedanke sei für ihn bindend. So kann nur ein Mann der Pflicht handeln, der, abgesehen von einigen, seiner militärischen Vergangenheit entspringenden gelegentlichen Entgegnungen, die indes sein Bild, als G a n g e s gesehen, keineswegs beeinträchtigen, ehrlich und geradlinig seine gewiß nicht leichte Aufgabe erfüllt.

Aberzeugte Republikaner haben sich daher bei der Entscheidung, um die es am 13. März geht, nicht die Frage zu stellen, ob sozialistisch oder bürgerlich, sondern ob republikanisch oder faschistisch!

Die Antwort darauf lautet, daß Hindenburg ohne Zweifel nicht unser Kandidat ist, wenn wir das Westanschauliche in den Vordergrund stellen. Aber politische und gewerkschaftliche Klugheit macht unter gegebenen Verhältnissen gebieterisch zur Pflicht, das zu tun, was im Augenblick der Entscheidung das M ö g l i c h e ist, ohne, und hier liegt der Kern der Sache, die Grundmauern des Volksstaates ins Wanken zu bringen.

So bedauerlich es auch sein mag, einem Sozialdemokraten nicht zur Macht zu verhelfen: die Gefesverwirrung, die heute Entschieden von großer politischer Tragweite nun einmal beunruhigt, hindert seine Wahl zum Reichspräsidenten. Und Thälmann? Gebt die größten Optimisten im Kreise seiner Anhänger glauben ja nicht im entferntesten daran, daß diese „Jugtrakt“, die Wankelmütigen aus sozialistischem Lager mitzubegriffen, die ihm auf Grund der kommunistischen Phrasologie zustehenden Stimmen wesentlich vermehrt.

Hindenburg hat, auch wenn Bayerische Volkspartei, Zentrum, Volkstheokratie, Mittelständler und einige Splitter links und rechts von diesen sich für ihn einsetzen, nur dann Aussicht, gewählt zu werden, wenn weite Kreise der Arbeiterschaft sich in der Bekämpfung des Faschismus, für die Erhaltung der Volkstheokratie, für den Ausbau der Republik zum sozialen Volksstaat, einig sind. Er, von allen seinen Getreuen verlassen, heißt als ehlicher republikanischer Beamter, der sich auch außenpolitisch Leistung erworben hat, der ruhende Hof in der Erscheinungen flucht.

Hier demokratische Republik — hier Diktatur! Hier Hindenburg — hier Harzburger Front, verbunden mit dem Verlust aller Freiheiten und sozialen Erzeugnisse des Volkes! Wer kann in seiner Entscheidung noch schwanken, wenn es um Sein oder Nichtsein der verfassungsmäßig garantierten und nur parlamentarisch zu sichernden Rechte des Proletariats geht?

K ü r n b e r g.

Arthur Stahl.

### Korrespondenzen

Dresden. Unsere Veresa m l u n g am 3. Februar hatte zwei wichtige und interessante Punkte aufzuweisen; nämlich über Anträge zu den Mantelartikelforderungen zu beschließen und einen Vortrag anzuhören über: „Gesundheitsprobleme der Großstadt“. Der Referent hierzu, Dr. med. H u g o F r e u n d, entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Er gab uns ein Bild von der Hygiene der heutigen Großstadt, das uns wohl noch nicht befriedigt, aber trotzdem die hohe Entwicklungstufe zeigt gegenüber der Hygiene der Großstadt vor 50 oder gar vor 100 Jahren. Freilich machen wir Großstadtkinder uns vielleicht fast

niemals Gedanken darüber, was dazu gehört, um alles Notwendige, wie Wasser, Gas, Elektrizität usw., von den Erzeugungsstellen durch die Straßen in die einzelnen Häuser, an die Verbrauchsstellen zu leiten sowie die Abfälle und Abwässer durch die vorhandene Kanalisation von dort wegzulassen. Wir brauchen uns nur einmal einen Querschnitt durch eine Straße oder ein Haus zu denken, und wir sind dann schon eher imstande, die Bedeutung dieser notwendigen Anlagen zu erkennen. Aber nicht nur hier hat sich fast alles verändert gegen früher, das Verkehrsweisen vor allem hat eine Steigerung erfahren, die man noch vor gar nicht langer Zeit für unmöglich gehalten hat. Gegenüber dem bescheidenen Leben der Großstadt vor 50 und 100 Jahren ist alles ins Gegenteil verkehrt worden: ein Hasten, Zagen, intensives Arbeiten und Lärmen, das natürlich nicht purlos an den Menschen, die mitten drinstehen, vorübergeht, sondern an die Nerven große Anforderungen stellt. Trotzdem ist festgestellt worden, daß wir dank den hygienischen Maßnahmen die Seuchen, wie sie früher aufgetreten sind, nicht mehr kennen. Die Sterblichkeit ist eingeschränkt und die Volkskrankheiten, wie Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, ganz bedeutend verringert worden. Trotzdem muß noch viel getan werden, um diese Krankheiten, die auch heute noch große Opfer fordern, weiter einzuschränken. Hier ist vor allem das noch ungelöste Wohnungsproblem schuld, das die Menschen zwingt, in engen Räumen zu wohnen und zu mehreren in einem Bett zu schlafen. Der Redner zeigte hier an traurigen und trostlosen Beispielen, wie dadurch die Ansteckung von Krankheiten gefördert und übertragen wird. Das Wohnungsproblem ist wohl mit das brennendste, aber leider ist die heutige Zeit nicht dazu angetan, hier schnell Wandel und Besserung zu schaffen. Nicht nur bei uns, sondern in allen industriellen Ländern ist ein weltgeschichtlicher Wendepunkt eingetreten insofern, als ein Bevölkerungsrückgang eingetreten ist bzw. eintreten wird. So hatte Deutschland vor etwa 100 Jahren 20 Millionen Einwohner, heute 65 Millionen. Falls die Entwicklung so weiter vor sich geht, wie sie jetzt bereits eingetreten ist, wird die Bevölkerungszahl im Jahre 1975 nur noch 45 Millionen betragen. Die Infektionserkrankheiten bedeuten für die Wissenschaft kein aktuelles Problem mehr, zu lösende Probleme sind noch: das Wohnungsproblem, mit ihm zusammenhängend die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten und der Alkoholismus, ferner die Krebskrankheiten, die Krankheiten der Gefäße und des Herzens durch zu große Nahrungsaufnahme, damit zusammenhängend die Schlaganfälle und auch die Zuckerkrankheit, die eine Zunahme erfahren hat gegen früher, weil diese Krankheit vor allem eine Krankheit des Alters ist. Leider sind die Sozialversicherungsinstitutionen durch die Wirtschaftskrise stark belastet und eingeschränkt in ihrem Wirkungsbereich. Möchte das nicht der Fall, so könnte viel mehr geleistet werden in Bezug auf Bekämpfung der Krankheiten. Die moderne Wissenschaft und die heutige Technik sind dazu in der Lage. Der außerfachkundige Vortrag wurde mit Beifall quittiert. Sechs Redner bestritten die Aussprache. Sodann beschäftigte man sich mit den Anträgen zum Mantelartikel. Kollege S a h m a n n ging sodann den Tarifparagrafenweise durch und gab die Abänderungen bekannt, die wir dazu wünschen. Einige in der Versammlung eingebrachte Vorschläge deckten sich inhaltlich fast mit den vom Vorstand vorgelegten Vorschlägen. Mit einem Applaus an die Mitglieder, die Eiserne Front zu stützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Eisenach. (M a s c h i n e n s e h e r.) Unre gutbesuchte Jahres-Hauptversammlung am 7. Februar leitete an Stelle des erkrankten ersten Vorsitzenden zweiter Vorsitzender R o s e. Zum ehrenbaren Gedenken an den verstorbenen Kollegen Thiene (Zona) erhoben sich die Versammelten von den Plätzen. Im Jahresbericht des Vorstandes wurde betont, daß das Krisenjahr 1931 für die hiesigen Maschinenleger von einschneidender Bedeutung war. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind in höchstem Maße bei uns eingetreten. Der Mitgliedsbestand betrug am Jahresabschluss 1931 26, davon sind 8 Kollegen arbeitslos. Durch den Verkauf der „Eisenacher Zeitung“ (Hofbuchdruckerei Kahle) an die „Miba“ (Erfurt, Mitteldeutsche Verlags-G.) wurden von den dort beschäftigten neun Maschinenlegern sechs entlassen, da die „Miba“ die Zeitung zum größten Teil mit Matern bzw. Druckplatten, die gleich als fertige Seiten von Erfurt „geliefert“ werden, herstellt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder; ebenso der Revisoren der Technischen Kommission und der Berechnungskommission. Die letztere wirkt zugleich für den Gau. In der Aussprache wandten sich die Kollegen scharf gegen das Maternsystem, wie es von der „Miba“ (Erfurt) betrieben wird. Während früher nur einzelne Spalten der Zeitungen mit Matern bedruckt wurden, werden jetzt ganze Seiten, ja fast die ganze Zeitung, und das zugleich an mehreren Orten, auf diese Weise hergestellt. Hierbei wurden u. a. folgende Ausführungen gemacht: Da die betreffenden Firmen durch dieses Materndrucksystem immer mehr Seher brotlos machen, die dann dem Staat und der Allgemeinheit zur Last fallen, die Kongresse aber gerade hierdurch enorme Profite einstreichen, müßte dieses System steuerlich erfaßt werden. Der Staat sei doch dauernd auf der Suche nach neuen Steuerquellen, hier biete sich eine solche; es müßte also an maßgebender Stelle darauf hingewiesen werden. Nach Erledigung einiger drückender Angelegenheiten ging die anregend verlaufene Versammlung zu Ende.

Eisenach. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 7. Februar fand unre G e n e r a l v e r s a m l u n g statt. Der Vorsitzende übermittelte der Versammlung die Gildewünsche des Verbands- und des Gauvorstandes zum Jahreswechsel mit dem Wunsch nach Arbeit und Brot. Unter „Gesellschaftlich“ wurden eine Reihe von Eingängen bekanntgegeben. Gleichfalls wurden verschiedene Anträge zum Mantelartikel besprochen, die auf der Versammlung der Gauvereinerung gestellt wurden. Zur Aufnahme fanden zwei Kollegen. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende in eingehender Weise. Er ließ nochmals das abgelaufene Jahr im Geiste vorüberziehen. Den Kassenerbericht erstattete der Kassierer, der mit der Feststellung endete, daß der Kassenbestand am Ende des abgelaufenen Jahres ein recht guter war. Im Anschluß hieran wurde ein Antrag auf Beitragsenkung diskutiert mit dem Resultat, daß der alte Beitrag vierteljährlich mit 60 Pf. gekürzt werden soll. Bei der Wahl des Vorstandes stellte sich heraus, daß an Stelle des bisherigen Vorsitzenden



den eine Neuwahl vorgenommen werden mußte. Zum neuen Vorsitzenden wurde fast einstimmig Kollege Karl Reife gewählt. Als Kassierer und Schriftführer wurden die bisher amtierenden Kollegen einstimmig wiedergewählt. Gleichzeitig wurden die Technische Kommission und die Revisoren wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ wurden dann noch einige Angelegenheiten erörtert und beschlossen.

**Frankfurt a. M.** (Maschinenseher.) Am 7. Februar fand als Abschluß des Winterprogramms der Technischen Kommission ein Lehnißer Vormittag statt, in dessen Mittelpunkt ein Filmvortrag des Kollegen T. H. Redt über „Neuerungen an der Intertype“ stand. Gleichzeitig war die Technische Kommission in der Lage, anschließend einige wesentliche Neuerungen an der Linotype praktisch vorzuführen. Dem Kollegen Trebst sowie der Intertypen-Gesellschaft und auch der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik für ihre Mithilfe dankte unser Dank. Kollege R. Nippel als Vorsitzender der Technischen Kommission eröffnete mit Begrüßungsworten den Technischen Vormittag und konnte u. a. auch den Vertreter der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik, Herrn Stengert, in unserer Mitte begrüßen. Er betonte dann einleitend, daß das Interesse an der technischen Fortbildung bei den Kollegen stark nachgelassen habe, was seinen Ursprung in dem Lohnabbau und dem Abbau der Leistungszulagen habe. In den letzten Versammlungen seien sogar sehr viele Stimmen laut geworden, die technische Fortbildungskurse so lange einzustellen, bis wieder eine bessere und gerechtere Bewertung unserer Leistungen Platz gegriffen habe. So sehr diese Meinung berechtigt sein mag, so gut man den Mithut der Kollegen begreifen kann, so haben sich Vorstand und Technische Kommission demnach entschlossen, trotz alledem an den Bestrebungen zur technischen Fortbildung festzuhalten und in diesem Jahr fünf technische Sonntage zu veranstalten. Vier technische Vormittage fanden bereits in der „Union-Druckerei“ statt und der heutige Sonntag sei der Abschluß unserer technischen Veranstaltungen. Er betonte noch, daß unsre 13 Zeichnungen (Vehrtafeln), die bei der Abhaltung von technischen Kursen gute Dienste leisteten, im vergangenen Winter gegen geringe Vorkaufgebühr von verschiedenen Brudervereinen des In- und Auslandes angefordert wurden, und es ist zu hoffen, daß diese in diesem Jahr noch bei mehreren derartigen Kursen Erfolge buchen werden. Hierauf referierte Kollege T. H. Redt über „Neuerungen an der Intertype“. Einleitend gab er einen Rückblick auf die Entwicklung der Sechsmaschine von den ersten Anfängen bis zur Gegenwart und zeigte anschließend in guten Lichtbildern die Neuerungen der Intertype. Durch klare, verständliche Erklärungen jedes Bildes verstand er die Kollegen zu fesseln und erntete am Schluß verdienten Beifall. Kollege R. Nippel dankte dem Vortragenden im Namen des Vorstandes und der Technischen Kommission und erklärte, daß wir uns in der Technischen Kommission für Neuerungen an allen Sechsmaschineninteressen interessieren. Nach dem interessanten Filmvortrag wurden den Kollegen auch einige wesentliche Neuerungen an der Linotype demonstriert. In einem eigens hierzu angefertigten Gestell war der neue Sammler, Versteifer, und ein Teil eines Schraubstoffs angebracht, an dem die neue Einstellung der Linen Strahlpfropfen demonstriert werden konnte. Kollege Knippel erklärte alle Vorzüge des neuen Sammlers und die bequeme Kadeneinstellung von Sitz des Sehers aus. Besonders beifällig wurde die einstellbare und regulierbare Friktionsfeder im Sammler sowie die durch ein Inbegriff leicht zu bewerkstelligende Einstellung von 1/2 Punkt zu 1/2 Punkt und die Feineinstellung mittels der Wirtzmannscheiben aufgenommen. Zum Schluß betonte Kollege Knippel noch, daß bald wieder die Zeit kommen möge, wo auch auf der Gegenseite eingesehen wird, daß berufliche Fortbildung der Maschinenseher nicht nur zum Vorteil der Kollegen, sondern auch zum Nutzen der Unternehmer ist. Habe sich diese Einsicht erst durchgerungen, dann würden die technischen Veranstaltungen an Zahl und Bedeutung so zunehmen, wie die Technische Kommission es wünscht.

**Gießen.** Ihre Generalversammlung am 23. Januar ehrte zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Unter „Geschäftlichem“ gefangen Offerten und Neujahrsglückwünsche zur Zirkulation. Der nächste Punkt betraf eine Neuaufnahme. Sodann gab Vorsitzender Motz den Jahresbericht. Er führte aus, daß unser Ortsverein trotz des wirtschaftlichen Niederganges, der uns besonders in der letzten Zeit des Berichtsjahres recht fühlbar in seinen Strudeln mit hineingezogen hat, sich eines noch recht regen Vereinslebens erfreuen durfte, wenn auch die Befürdigung nicht immer die Höhe der Vorjahre erreichte. Er wies darauf hin, daß es der Ortsverein als höchste Pflicht ansehe, den Erwerbslosen so weit wie nur möglich hilfreich unter die Arme zu greifen. Der Gesamtmitgliederbestand beträgt 135. Mit der Zahl der Besäftigten sieht es schlimm aus. Waren es zu Anfang des Jahres noch 40 zahlende und 45 frane, inaktive und arbeitslose Kollegen, so veränderte sich das Bild bis zum Schluß des Jahres im Verhältnis von 77 : 58. Daß diese Zahlen auch ihre Schatten auf die Kassenzustände warfen, ist verständlich. Als unliebsamste Erscheinung des abgelaufenen Jahres muß der Abbau der Bluttumstasse angesehen werden. Es war allerdings eine notwendige Zwangsmaßnahme, um die Kasse vor dem Ruin zu bewahren. Der Jahresbericht slang aus in eine Mahnung zur Gehilfenheit und Einigkeit, zur Treue zum Verband auch in schwerer und schwerer Zeit. Von der Diskussion wurde in ausgiebiger und sachlicher Weise Gebrauch gemacht. Bei der nun folgenden Vorstandswahl ergab sich keine nennenswerte Veränderung. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde einstimmig aufgegeben und dem Kassierer R. Weis für musikalische Führung der Dank der Versammlung zuteil. Bemängelt wurde von dem Kassierer die in letzter Zeit wieder wachsende Zahl der Restanten. Nachdem unter „Verschiedenem“ noch einige interne Angelegenheiten verhandelt worden waren, wobei die unartiklischen Zustände eines hiesigen Kunsttempels besonders beleuchtet wurden und große Entrüstung auslösten, fand die von kollegialem Geist getragene Versammlung ihr Ende.

**Gießen.** (Handseher.) Am 30. Januar fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt. Zunächst wurde eines verstorbenen Kollegen ehrend gedacht. Drei auswärtige Kollegen konnten wir begrüßen, Vorsitzender

Schneider gab sodann den Jahresbericht. Trotz der Wirtschaftskrise haben wir keine Austritte zu verzeichnen. Im Bezirk sind 72 Mitglieder vorhanden. Die Veranstaltungen, die lediglich nur von der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt wurden, fanden entsprechende Würdigung. Rotterordnung und Leistungszulagenabbau wurden scharf unter die Lupe genommen. In der Diskussion, von der reichlich Gebrauch gemacht wurde, konnte noch die Frage der Kartells- und Krankentafelausweisung erörtert werden. Der Kassierer gab einen zufriedenstellenden Jahresbericht und wurde entlastet. Unter „Mittelungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die Westlauer Spartenvereinigung nicht lebensfähig ist, es soll eventuell ein Anschluß an Gießen herbeigeführt werden. Der Gesamtverband wurde hierauf entlastet und durch Zuruf wiedergewählt. Die Feier des vierjährigen Bestehens gab Anlaß zur längeren Aussprache. Der Vorstand übernahm es, nach Lage der Kassenzustände etwas Zweckentsprechendes zu arrangieren.

**Hamburg.** In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 9. Februar wurde zunächst eines verstorbenen Kollegen ehrend gedacht. Dann gab Kollege Kunkler bekannt, daß zur Zeit insgesamt 1444 Kollegen arbeitslos sind. Nach Beantwortung verschiedener Anfragen legte er die Anträge des Gauverbandes zur bevorstehenden Manteltarifverhandlung erläutend dar. Die Anträge betreffen die §§ 3, 4, 5, 7, 8, 10 des Tarifs und die Beschränkungsbestimmungen. Nach längerer Aussprache, an der sich sechs Kollegen beteiligten, ging Runkler des näheren auf die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen ein und erludte um Annahme der Vorstandsanträge. Diese wurden jedoch einstimmig angenommen. Zwei Anträge der Opposition, vertreten durch Weifard, wurden abgelehnt. Ein Antrag der Handseherpartei, betreffend die Materiefrage, wurde nach Begründung durch W. Cohn mit großer Mehrheit angenommen. Vor Beginn der Aussprache über den Bericht der Kommission zur Vorbereitung der neuen Tarifabgabe gab W. Ruhnau (HFD.) und A. Rowereit (GMB.) eine gemeinsame Erklärung ab, gegen deren Inhalt sich der Vorsitzende Kunkler in schriftlicher Form wandte. Die Aussprache wurde dann abgebrochen und auf den 16. Februar vertagt.

**Hamburg-Altona.** (Korrektoren.) Am 7. Februar fand unsere Hauptversammlung statt. Der Jahresbericht wurde den Mitgliedern gedruckt vorgelegt. Im Jahreshaushalt hatten wir 86 Mitglieder. Die wirtschaftliche Not verurteilt neun unserer Spartenmitglieder zur dauernden Erwerbslosigkeit. Der Kassenzustand ist im abgelaufenen Jahr etwas aufgehellt worden, es verblieben 187 M. als Kassenvortrag für das 28. Vereinsjahr 1932. Der Monatsbeitrag wurde ab Februar auf 60 Pf. herabgesetzt. Der Vorstand wurde bis auf den Kassierer von der gut besuchten Versammlung wiedergewählt, ebenso die Rechnungsprüfer. Zum Ehrenmitglied wurde Kollege August Struck ernannt für die von ihm mit diesem Titel für uns ein Vierteljahrhundert geführten Kassengeschäfte. Den Abschluß unserer Versammlung bildete ein Vortrag des Kollegen Reichenbeck über den Dichter Richard Dehmel.

**Hamburg.** (Maschinenseher.) In unserer gut besuchten Generalversammlung am 7. Februar gedachte Vorsitzender Ratho in ehrenden Worten des verstorbenen Begründers unseres Vereins, des Kollegen Gauer, der sich um die Maschinenseherpartei große Verdienste erworben hat. Darauf ging der Vorsitzende nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge auf die bevorstehenden Manteltarifverhandlungen ein, hervorhebend, daß die Unternehmer alles versuchen werden, erhebliche Verschlechterungen des Manteltarifs durchzuführen. Er forderte die Kollegen auf, in dieser Notzeit fester denn je zusammenzutreten, damit wir die Angriffe der Unternehmer reißlos abwehren können. In der Aussprache wurde folgende Entschließung eingebracht und einstimmig angenommen: „Der Norddeutsche Maschinenseherverein stellt sich in seiner am 7. Februar 1932 abgehaltenen Generalversammlung auf den Standpunkt, daß bei den demnächst stattfindenden Manteltarifverhandlungen unbedingt eine erhebliche Verzögerung der Arbeitszeit durchzuführen ist, damit unsere Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereicht werden können.“ Im weiteren Verlauf der Versammlung nahm die Versammlung Stellung zu der Frage der Abhaltung des Maschinenseherkongresses und gab ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß, falls der Verbandstag in diesem Jahr ausfallen sollte, auch der Kongreß verschoben werden müsse. In diesem Falle müsse das Mandat der Zentralkommission selbstverständlich um ein Jahr verlängert werden. Falls unbedingt notwendig, müsse eventuell eine Vorstandskonferenz stattfinden. Nun gab Kollege Ratho einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht, besonders zur Statistik. Der Kassierer schloß seine Abrechnung mit einem Bestand von 1039 M. ab. Dem Gesamtverband wurde einstimmig Entlastung erteilt, und ebenso einstimmig erfolgte die Wiederwahl des Vorstandes. Technisches bildete wie immer den Abschluß der Versammlung. — Am Abend desselben Tages beging wir unser 32. Stiftungsfest, das der Zeit entsprechend im bescheidenen Rahmen begangen wurde.

**Heilbronn.** (Drucker.) Ihre 30. Generalversammlung am 22. Januar war gut besucht. Vorsitzender Heim erstattete nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 97. Zwei Drittel der in Kondition stehenden Kollegen arbeiten verliert, fast alle jüngeren sind arbeitslos. Der große Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wurden scharf kritisiert. Im November und Dezember wurde ein Kurzul für unsre arbeitslosen Kollegen in der Gewerbeschule veranstaltet, an dem drei Kollegen teilnahmen. Der vom Kassierer W. H. Klein erstattete Kassenzustand war der heutigen Lage entsprechend, noch gut. Bei der Neuwahl des Gesamtverbandes wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Der Punkt „Beitragsregelung“ entfachte eine lebhafte Debatte. Ein großer Teil der Kollegen war für einen Beitragsabbau. Hierauf wurde folgende Entschließung angenommen: „Die sehr gut besuchte Generalversammlung stellt an Kreis- und Zentrale den Antrag, daß auf die Mittel und Wege finden mögen — bedingt durch den großen Lohnabbau und durch den hohen Prozentsatz an Kurzarbeitern —, den Beitrag

zu reduzieren, um den kleineren Mitgliedschaften ihre Lebensfähigkeit zu erhalten und um weitere Austritte aus der Druckerpartei zu vermeiden.“

**Karlsruhe.** (Maschinenseher.) In unsrer am 7. Februar hier abgehaltenen Bezirks-Hauptversammlung am 7. Februar machte Vorsitzender Pfeils-Hauptbekanntgabe einiger Eingänge und wichtiger Vereinsmitteilungen kurze Ausführungen über den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des vergangenen Jahres, dem nur wenig Erfreuliches zu entnehmen war. Wästen wird doch wiederholte Lohnsenkungen tariflicher Art, wesentliche Streichungen von in langjähriger Geschäftszugehörigkeit mühsam erungenen Leistungszulagen und zu allem Überflus noch eine durch Rotterordnung vom 8. Dezember diktierte abermalige unerhörte Lohnkürzung hinzukommen. Es wurde mit Recht betont, daß dieser zur chronischen Unterernährtheit gewordene Lohnabbau bei weitem nicht im Verhältnis steht zu den nur gering herabgesetzten Preisen aller Lebens- und Bedarfsartikel. Dies kam in der Diskussion insbesondere auch von den Provinzfolgen, die in Kurz- und Fremdenorten schärfst sind und unter den teuren Lebensverhältnissen besonders zu leiden haben, drähtlich zum Ausdruck. Dabei erblisch Schluß mit weiteren Lohnabbaumaßnahmen! Diesbezügliche, zur Manteltarifberatung gestellte Anträge wurden dem Ortsvorsitzenden zur Weiterleitung übergeben. Wenn trotz dieser denkbar ungünstigen Verhältnisse das Interesse unsrer Kollegen an den Vorgängen in organisatorischer und sachthetischer Beziehung im großen ganzen rege blieb, so aus der Überzeugung heraus, daß es wahrhaftig keinen Sinn gehabt hätte, ob der sicherlich betrüblichen Verhältnisse den Kopf hängen zu lassen. Eine derartige Gleichgültigkeit wäre am Ende doch nur dem Unternehmer zufluten gekommen. Treues Festhalten an Verband und Sparte sowie einiges Zusammenhalten zur Überwindung der gegenwärtigen Krise waren Leitgedanke der Vorstandschaft bei ihrer Tätigkeit im verflochtenen Jahr, und so soll es auch im laufenden sein. In vier Bezirksversammlungen wurden u. a. insbesondere technische Fragen behandelt und außerdem in der Gewerbeschule für alle Systeme Demonstrationsvorträge gehalten. Auch der gefestigte Teil kam durch verschiedene Veranstaltungen zu seinem Recht, und auch in diesem Jahr soll dank des vom Kollegen H. Lisch e gegebenen gütigen Kassenzustandes wieder ein größerer Familienausflug unternommen werden. Der Punkt „Neuwahl“ brachte keine Veränderung. Der Gesamtverband, Technische und Rechnerkommission blieben auf ihrem Posten. Nach einigen weiteren Anregungen für das kommende Jahr, die dem Vorstand zur Erfüllung anheimgegeben wurden, fand die von den Provinzorten gut besuchte, vom Vorort aber nur mäßig besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Kiel.** (Handseher.) In unsrer Generalversammlung am 7. Februar erstattete nach Beratung einiger Eingänge Kollege Schimppe den Jahresbericht. Er führte aus, daß die Wirtschaftskrise die Arbeit unsrer Vereinigung stark beeinträchtigt hat. Bei sinkender Konjunktur liegen die Erwerbslosenziffern ganz enorm. Nur wenige Kollegen konnten im laufenden Jahr wieder in den Produktionsprozeß eingereicht werden. So mühen wir die gehegte Hoffnung auf die weitere Ausbreitung der Sparte ausgeben. Verschiedene Mitglieder verließen infolge Lohnabbaues und Kurzarbeit die Sparte. Diese Motive trugen auch zur Auflösung der Vereinigungen Schleswig und Tschode bei. Wenn auch die Kassenzustände naturgemäß nicht gut waren, so konnten doch zahlreiche Veranstaltungen teils mit gutem, teils mit weniger gutem Erfolg durchgeführt werden. Für den frankheitsfahber ausfallenden Vorsitzenden wurde Kollege Schach einstimmig gewählt. Es wurde beschlossen, den jetzigen Beitrag beizubehalten, bis von der Zentralkommission eine Neuregelung der Beitragsführung für die Erwerbslosen getroffen sein wird. Zur bevorstehenden Tarifrevision wurden einige Änderungsanträge nach reger Aussprache angenommen, die an die Zentralkommission weitergeleitet wurden. Nachdem Kollege Schach eingehend über die nächsten Veranstaltungen gesprochen hatte, wurde die Versammlung mit dem Wunsch geschlossen, daß der Erfolg unsrer Arbeit ein besserer sein möge als im Vorjahr.

**Wiesbaden.** (Handseher.) Ihre Generalversammlung am 31. Januar erfreute sich eines verhältnismäßig guten Besuchs. Sie nahm Kenntnis von den eingegangenen Neujahrsglückwünschen. Im Jahresbericht des Vorsitzenden kam zum Ausdruck, wie die heutige schier endlose Krise gerade die Handseherpartei am meisten treffe, und daß die Mitglieder der hiesigen Sparte zur Hälfte arbeitslos seien. Trotz allem sei es gelungen, die Mitgliederzahl auf der ungefähren Höhe zu halten, mit einem Mitgliederzuwachs sei in dieser Zeit nicht zu rechnen. Die Kassenzustände müssen als ungünstig bezeichnet werden, welcher Umstand auch die Versammlung bewog, einem Antrag der Gauvereinigung zuzustimmen, der den Kassier der einzelnen Vereinigungen mehr Bewegungsfreiheit gibt. Die bisherigen Vorstandskollegen blieben in ihren Ämtern. Die hier gegründete Arbeitsgemeinschaft hat ihre Arbeit eingeleitet mit einer Vortragreihe des Herrn Dr. Schneider: „Grundzüge der Wirtschaftsgeschichte“. Der Besuch durch Mitglieder aller Sparten ist rege. Ein reicher Arbeitsplan für die kommenden Monate ist festgelegt. Unsr Handseherkollegen seien an dieser Stelle nochmals aufgefordert, an der Durchführung dieses Planes mitzuwirken.

**Allgemeine Rundschau**

**Kollektivangriff** Berliner Großdruckerei auf die Über-tariffkähne. Am fätschen Deutungen vorzubeugen, für deren Verbreitung sich die kommunalpolitische Presse mit hellem Bewußtsein einsetzt, sei hier ausdrücklich festgestellt, daß der in der Reichshofbesitzungsung am 26. Februar vom Gewerbetat Dr. Körner den streitenden Parteien unterbreitete Vergleichsvorschlag rein persönllich er Art gewesen ist. Wie schon in voriger Nummer mitgeteilt, haben die auf Grund des akzeptierten Körnerischen Vorschlages zwischen den Betriebsvertretungen und den Betriebsleitungen geführten Eingangsverhandlungen bei den Firmen Greve („Deutsche Allgemeine Zeitung“) und „Deutsche Tageszeitung“) zu einem annehmbaren Ergebnis geführt. Beide Firmen hatten ultimativ eine Kürzung der über-tariffkähnen Verdienste um 50 Proz. gefordert. Bei der Firma Greve wurde eine Kürzung bis zu

